

## DE PLATTDÜTSCH ECK

## Lust un Last



Detlef Kolze  
un sien Blick op de Welt

Wenn de Oole in de düüsteren Jahrestiet in sien Gaarn ruut lüüstert, denn süht he nix as griese un grimelige Farven. Allens is pladdernatt un nich besünners schön antokiekken, un so mutt he sik de Biller ut de annern Jahrestieden ruut kramen. Denn he weet: He hett 'n wunnerbaaren Gaarn. In all de veelen Ecken gifft dat denn wat to kiekken. Hier lücht de helle Sünnschienen, door is dat düüster. Hier blinkert de Blöden in de veelen Farven, door wokert dat Gröön in verscheeden Töön. Hier staht Büsch un Struukwark, door an't Enn vun den grooten Gaarn reckt sik mehr as 15 Meter hooch 'n Eekboom na baben.

Stünnenlang kann de Oole wunnerwarcken un sik mit siene Gedanken verleen, sünnlicher wenn doorbi ook noch Glas Wien op'n Disch steiht. Wenn in de Sommer tiet Besöök in'n Gaarn kummt, wenn överall allens bunt is, denn höört de Oole dat Acheln geern: Wat is dat schön hier, un dat ook noch merrn in de Stadt!

In de Harvtiet is dat nich anners: De Dahlien wokert in groote Büsch, de Zinnien reckt sik in'n hooge Reeg na baben, un de Kapuzinerkresse rengelt sik mit de geelen un roden Blöden över de Strunt-hümpel un döör dat Buschwark.

Blöots de Oole hett in all düsse schönen Gaarn-Maanden siene Maleschen mit de Schönheit. Allerwegens süht he, wat he noch doon mutt. De Topinambur krupt woller veel to wiet na de Sieten hen, den Buxboom mutt he egenlich noch kappen, ook wenn dat all 'n beten laat is. He mutt de Appels opsammeln, un de Forsythien kann he gaar nich mehr goot lieden, sörrer he weet, dat se för de Immen un Hummeln afsluuts keen Bedüden hebbt. Door kann he jüst so goot 'n Plastikbusch opstellen, harr de Oole in't Blatt lesen. Also weg doornit. So dammelt de Oole in düsse Tiet jümmers 'n beten unruhig döör sien Gaarn, man wenn he 'n Tielang döörhollen hett, denn wardt dat suutje anners. Denn kaamt siene Gedanken in't Drieseln un siene Seel fangt an to swögen, un he is einfach bloots tofreden, dat he soveel Glück hett.

Denn wat em as Last för düd Glück an'n Hals wardt, dat is nix as Lütschiet, wenn 'n dat maal mit de worrafftigen Knütten in't Minschenleben verglieken deit. Mennig-maal sünd de Umständ in uus Leben beter, as wi uus graad föhlt, sinneert de Oole. Desterwegen mööt wi uus Binnenleben af un an so'n beten wat tareeren. In de Wintertiet is dat egenlich noch beter, denkt de Oole: Denn kann he sik all dat Schööne in sien Kopp trechtmalern, un liekers dröff he den heelen Dag över in de warme Stuu op'n Moors sitten blieden.

## „Südlink“ nicht außen herum

Bundeswehr lehnt Alternativtrasse ab  
VON MICHAEL LAMBEK

**Verden.** Die Antwort ist Nein. Der gemeinsame Versuch von Politikern, Bürgermeistern und Landräten, der „Südlink“-Trasse einen anderen Verlauf zu verordnen als den ursprünglich von Netzbetreiber Tenet vorgeschlagenen, ist vorerst gescheitert.

Die Trasse für die Stromleitung, durch die ab 2022 regenerativ erzeugte Energie über 800 Kilometer nach Süddeutschland transportiert werden soll, führt mitten durch die Landkreise Rotenburg und Verden. Dort war man von dieser Aussicht wenig begeistert und setzte sich – unterstützt vom CDU-Bundestagsabgeordneten Andreas Mattfeldt – für eine Alternativ-Trasse ein: ab Buxtehude entlang der Bundesstraße B3 in östlicher Richtung, durch den Außenbereich des Truppenübungsplatzes Bergen und von dort entlang der Autobahn A7 nach Süden. Nach Prüfung dieses Plans winkle das Bundesverteidigungsministerium einer Mitteilung von Andreas Mattfeldt zufolge ab. Eine Überspannung auch nur des Außenbereichs des Übungsplatzes sei nicht möglich.

Mattfeldt nennt diese Entscheidung in seiner Mitteilung inakzeptabel und empfiehlt den Landwirten und Landbesitzern entlang der geplanten Trasse, nun ihrerseits ihre Flächen für das Projekt nicht zur Verfügung zu stellen.

Der Chef der Verdener CDU-Kreistagsfraktion, Wilhelm Hogrefe, glaubt, das letzte Wort in dieser Sache sei noch nicht gesprochen. Das Verteidigungsministerium könne zur Trasse Stellung nehmen, wie alle anderen auch, sagte er – „letztlich entscheidet aber die Bundesnetzagentur, wo die Trasse entlangführt“.

REDAKTION NORDDEUTSCHLAND  
Telefon 0421/36713205  
Fax 0421/36711028  
E-Mail:  
norddeutschland@weser-kurier.de

VON SILKE LOODEN

**Kappeln-Bremen.** Die Nachricht vom Tod des einstigen Redaktionsschweins kommt aus dem schleswig-holsteinischen Kappeln. Dort hatte der Star der preisgekrönten Serie des WESER-KURIER „Ein Schweineleben“ zuletzt auf einem Gnadenhof des Deutschen Tierschutzbundes gelebt. Tibu litt unter starken Gelenkschmerzen und wurde dreieinhalb Jahre alt. „Wir haben ihn von seinem Leid erlöst und einschläfern lassen“, erklärt die Leiterin des Tierschutzzentrums Weidefeld, Katrin Umlauf.

Seinen Namen hatte der Eber erst auf dem Gnadenhof bekommen. Während der insgesamt dreizehnteiligen Serie im Jahr 2011 blieb das Tier bewusst namenlos. Am Beispiel eines Nutztieres, das zum Schlachten bestimmt war, informierte die Redaktion über die verschiedenen Aspekte der Schweinemast. Für die Aufklärung jenseits aktueller Skandale bekam sie den Lokaljournalistenpreis der Konrad-Adenauer-Stiftung in der Kategorie „Verbraucher“.

Nachdem militante Tierschützer den Landwirt, bei dem das Schwein aufwuchs, und den bereits ausgeguckten Schlachter bedrohten, entschied die Redaktion, das Tier in die Obhut des Deutschen Tierschutzbundes zu geben. So landete der Eber schließlich in Kappeln. Auf dem Gnadenhof verbrachte er nach Angaben von Katrin Umlauf ein „glückliches Schweineleben und war der Star der Kinder“.

„Mastschweine sind auf Gewichtszunahme gezüchtet und werden nicht alt. Daran konnte letztlich auch die fettarme Kost, die Tibu hier bekam, nichts ändern“, erklärt Tierschützerin Umlauf. Tibu wog zuletzt stattliche 200 Kilogramm und konnte sich kaum noch auf den Beinen halten. Sein Tod im August vergangenen Jahres wurde erst jetzt bekannt.



Tibu war der Star der Serie „Ein Schweineleben“.

FOTO: HANS-HENNING HASSELBERG

## Wir hatten Schwein

## Einbürgerung soll leichter werden

Regierung plant Info-Kampagne

**Hannover.** Die Einbürgerung von Ausländern in Niedersachsen soll nach dem Wunsch des Landtags erleichtert und beschleunigt werden. Auch die von den Kommunen erhobenen Kosten sollten gesenkt werden, forderten SPD und Grüne am Mittwoch im Landtag in Hannover. Nur die CDU stimmte dagegen. Die Christdemokraten warnten unter anderem vor einer höheren finanziellen Belastung der Kommunen und einem unnötigen Absenken der Hürden des Verwaltungsakts. Die FDP sprach dagegen von einem richtigen Ansatz. Die rot-grüne Landesregierung plant nach Angaben von Sozialministerin Cornelia Rundt (SPD) eine Informationskampagne zur Einbürgerung.

„Wir werden auch prüfen, welche Verfahrensregelungen vereinfacht werden können und dort wo wir als Land zuständig sind, Optimierungspotenziale nutzen“, sagte Rundt. Die rechtlichen Rahmenbedingungen werden auf Bundesebene beschlossen. Hier trete die Landesregierung weiterhin für die grundsätzliche Zulassung von Mehrstaatigkeit ein, betonte Ministerin Rundt. Zurzeit müssen sich in der Bundesrepublik aufgewachsene Kinder ausländischer Eltern zwischen dem 18. und 23. Lebensjahr entscheiden, ob sie Deutsche bleiben und damit den Pass ihrer Eltern abgeben wollen.

In Niedersachsen lebten Ende 2013 insgesamt 525 689 Ausländer. Das waren gut 33 600 mehr als ein Jahr zuvor. Die Zahl der Einbürgerungen ging aber zurück. 2013 erhielten 8216 Ausländer die deutsche Staatsbürgerschaft, gut 300 weniger als 2012. Die meisten – nämlich 1864 – stammten aus der Türkei. Nach ihnen folgten die Polen (655), Vietnamesen (387) und Ukrainer (382). Zahlen für 2014 konnte das Landesamt für Statistik noch nicht nennen.

## Autobahn-Blitzer bringt Millionen ein

**Hann. Münden.** Die Radaranlage vor der Werrabrücke der Autobahn A7 bei Hann. Münden hat dem Kreis Göttingen auch 2014 wieder eine Millionen-Einnahme beschert. Die Blitzer erwischten knapp 51 000 Tempodüser. Sie zahlten zusammen mehr als 2,8 Millionen Euro Bußgeld an die Kreis-kasse, so eine Verwaltungssprecherin. Dies sind fast 800 000 Euro mehr im Vorjahr. Die Radaranlage an dem mit acht Prozent Gefälle gefährlich steilen Autobahnstück war 1996 installiert worden, weil sich schwere Unfälle gehäuft hatten. Seither dürfen Autos dort nur noch Tempo 100 und Lastwagen nur noch Tempo 60 fahren.

## Es stinkt in Hamburg

**Hamburg.** Rätselhafter Gestank über Hamburg: Die Feuerwehr hat gestern eine Schule in Hamburg geräumt, nachdem Schüler und Lehrer über Hustenreiz geklagt hatten. Später klingelte bei Polizei und Feuerwehr das Telefon im Minutentakt. Mehr als 50 Bürger hätten sich über Gestank in der Luft beschwert, sagte Feuerwehrsprecher Thorsten Grams. „Es war von einem säuerlichen Geruch die Rede. Derzeit gehen wir von einer reinen Geruchsbelastung aus.“ Ein Messwagen konnte keine genaue Ursache feststellen. Am Nachmittag wurde der Einsatz abgebrochen.

## Stadtbahn stößt mit Lkw zusammen

**Hannover.** Bei einer Kollision eines Stadtbahnzuges mit einem Laster ist in Hannover die 26 Jahre alte Fahrerin der Bahn schwer verletzt worden. Eine 23-Jährige erlitt in der Bahn leichte Verletzungen. Nach Angaben der Polizei entstand ein Schaden von 320 000 Euro. Nach den bisherigen Ermittlungen übersah der 48-jährige Fahrer des Sattelzugs beim Abbiegen die entgegenkommende Bahn. Die Fahrerin konnte trotz Bremsung den Zusammenstoß nicht verhindern.

## Die Wunderlinie

Land will Ausbau der Bahnstrecke nach Groningen auf Personenverkehr beschränken

**Niedersachsens Wirtschaftsminister Olaf Lies (SPD) und alle vier Landtagsfraktionen sprechen sich für einen Ausbau der Bahnstrecke Bremen-Groningen aus. Dieser soll aber nur dem Personenverkehr, nicht aber dem Gütertransport zugute kommen. Niedersachsen will eine bessere Anbindung der Häfen Rotterdam und Amsterdam verhindern, um den eigenen Jade-Weser-Port vor Konkurrenz zu schützen. Auch der Bremer Senat reagiert verhalten.**

VON PETER MLODOCH

**Hannover-Bremen.** 2:44 Stunden beträgt derzeit die Fahrtzeit von Bremen in die niederländische Universitätsstadt Groningen, 2:43 Stunden in umgekehrter Richtung. Im ostfriesischen Leer müssen die Reisenden jeweils umsteigen. Immerhin gehört ein weiterer, umständlicher Zugwechsel in Nieuweschans direkt an der Grenze seit einigen Jahren der Vergangenheit an. Doch es könnte, so der Traum, noch schneller gehen. Eine durchgehende IC-Verbindung würde die Fahrtzeit um knapp eine Stunde auf 1:55 verkürzen. In die holländische Hauptstadt Amsterdam ginge es ebenfalls schneller, auch der Großraum Hamburg würde von dem Ausbau profitieren.

„Wunderline“ nennt ein niederländisch-deutsches Netzwerk aus Wirtschaft, Politik und Verwaltung das Projekt. 120 Millionen

Euro haben Nachbarstaat und Provinz bereits locker gemacht, um die Regionalstrecke von Groningen an die Grenze bis 2018 aufzumöbeln. Diesen Abschnitt und den weiteren Verlauf bis Hamburg wollen die Holländer zudem bei der EU als Teil der Transeuropäischen Netze (TEN) anmelden, um so millionenschwere Zuschüsse aus Brüssel zu generieren. Voraussetzung für den Ausbau sei aber die vorbehaltlose Zustimmung der deutschen Seite, fordert die Provinz Groningen.

„Wir werden diesen Antrag unterstützen“, sagte Niedersachsens Wirtschaftsminister Olaf Lies (SPD) am Mittwoch dem WESER-KURIER. Eine solche hochattraktive Verbindung könne mehr Menschen auf die Schiene sowohl im Fern- als auch im Nahverkehr locken. Zuvor hatte sich bereits der Landtag mit den Stimmen aller vier Fraktionen zum Ausbau bekannt und eine Kosten-Nutzen-Analyse für die „Wunderline“ gefordert. Ob Bremen auf diesen Zug aufspringt, ist dagegen noch offen. Der Meinungsbildungsprozess zwischen den Ressorts laufe noch, erklärte ein Sprecher von Hafensensor Martin Günthner (SPD).

Auf deutscher Seite ist der Abschnitt von Bremen bis zur Grenze durch den Bund für den Bundesverkehrswegeplan (BVWP) angemeldet. Die Bahn AG steht allerdings den Plänen dem Verneinern nach wegen bislang fehlender Nachfrage mehr

als skeptisch gegenüber und lehnt eine Finanzierung ab. Aber auch in Niedersachsen und Bremen gibt es Bedenken. Beide Länder befürchten, dass es den Niederländern eigentlich mehr um eine Güterstrecke geht, mit der man die Häfen Rotterdam und Amsterdam besser an Norddeutschland anbinden könnte.

„Dann rumpeln noch mehr Güterzüge durch Oldenburg“, unkte ein SPD-Parlamentarier. Damit würde man vor allem dem eigenen Jade-Weser-Port in Wilhelmshaven, der gerade einen kleinen Aufschwung erlebe, wieder abhängen, warnte die Oldenburger Grünen-Abgeordnete Susanne Menge im Landtag. „Diese Strecke darf keine zusätzliche Relation für Güterverkehre aus den niederländischen Häfen werden“, betonte auch Lies. Man dürfe sich nicht selbst Konkurrenz bei den wichtigeren Strecken für die Hinterlandanbindungen der norddeutschen Häfen machen, hieß es beim Bremer Senat.

In Niedersachsen setzt man daher auf eine „kleine Lösung“, den Ausbau des teilweise eingleisigen Abschnitts Oldenburg-Leer. Das Land hat dies als eigenständiges Projekt zum BVWP angemeldet und hofft auf ein Ja aus Berlin. Das käme vor allem dem Personennahverkehr zugute und sei realistischer als der Gesamtausbau, meinte Minister Lies. „Der Spatz in der Hand ist uns dann doch lieber.“



Güterzüge sollen nicht auf der Wunderlinie fahren, denn Niedersachsen will dem Jade-Weser-Port keine Konkurrenz machen.

FOTO: DDP

## Landtag unterstützt Volksfest-Schausteller

VON ANGELIKA JANSEN

**Hannover.** Krake, Kettenkarussell und Riesenrad könnten auf Niedersachsens Volksfesten bald der Vergangenheit angehören. Ob Kramerkamp in Oldenburg oder das angeblich weltgrößte Schützenfest in Hannover – wegen einer neuen Sicherheitsvorgabe der EU fürchten sich einige Schausteller vor dem Ende traditioneller Jahrmärkte. Denn künftig droht ihnen bundesweit der Verlust der Betriebsgenehmigung, sollten ihre Fahrgeschäfte nicht der EU-Norm entsprechen. „Das kommt einer Neuabnahme der Fahrgeschäfte gleich und könnte für viele Traditionsunternehmen das Aus bedeuten“, sagt Benno Fabricius, Vorsitzender des Schaustellerverbandes Lüneburg und Umgebung.

„Die Umsetzung der europäischen Vorschrift stellt alle bisher in Deutschland angewendeten Sicherheitsstandards für Fahrgeschäfte in Frage“, sagt er. Nach der neuen Regelung sollen Berechnungen der Statik etwa belegen, dass bestimmte Fahrgeschäfte wie Kettenkarussells künftig Personen mit einem durchschnittlichen Körpergewicht von 100 Kilo tragen können, statt wie bisher nur 75 Kilogramm.

Fabricius und Co. bekommen nun Unterstützung von der Politik. Niedersachsens Landtag hat die rot-grüne Landesregierung zur Sicherung der Volksfestkultur aufgefordert. Es müsse bundesweit einheitliche Regelungen für die Schausteller und eine Sicherung des Alt-Bestands geben. Die zuständige Sozialministerin Cornelia Rundt (SPD) betonte: „Wir sind uns einig.“

Fahrgeschäfte überschritten auch Ländergrenzen, daher seien einheitliche Regelungen nötig. Sie sollen nun bei der Bundesbauministerkonferenz gefunden werden.

„Die Ursprungsfassung des ‚European Committee for Standardization‘ sah einen Schutz für bestehende Anlagen vor“, erklärt Frank Hakelberg, Hauptgeschäftsführer des Deutschen Schaustellerbunds. „Wir kritisieren, dass die 16 Bauministerien in Deutschland diesen Bestandsschutz verneint haben.“

Seit den Anfängen im Mittelalter habe sich eine ganze Branche entwickelt, erzählt Andreas Matuschak, der im Jahr rund 250 Volksfeste und Veranstaltungen in ganz Norddeutschland organisiert. Aus fahrenden Gesellen und Gauklern wurden Reisende mit Kinderkarussell, Autoscooter

oder Achterbahn. Vor allem in ländlichen Regionen behielt man die traditionellen Märkte bei, um Unterhaltung zu bieten.

„Wir haben vor fünfzehn Jahren noch 12 000 Volksfeste gehabt, jetzt sind es nur noch 10 000“, sagt Hakelberg. Von den Bruttumsätzen der Branche würden gut zwei Drittel auf Volksfesten erwirtschaftet, rund 2,65 Milliarden Euro. „Viele Kollegen haben ihre Fahrgeschäfte schon ins Ausland verkauft“, sagt Fabricius. Die neue europäische Regelung gelte zudem nur für reisende Fahrgeschäfte, nicht jedoch für Geräte in Freizeitparks, obwohl die Anlagen dort einer Dauerbelastung ausgesetzt seien. Dabei unterlägen die mobilen Attraktionen schon durch den regelmäßigen Auf- und Abbau und die damit einhergehenden Abnahmen am jeweiligen Einsatzort ständiger Überwachung.